

1466/J XXIII. GP

Eingelangt am 27.09.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr.Ferdinand Maier
Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Ausgaben- bzw. Belastungsvorschläge von SPÖ-Spitzenpolitikern

In den vergangenen Monaten wetteiferten Spitzenpolitiker der SPÖ einerseits mit Vorschlägen, die auf exorbitante Kosten für das Bundesbudget hinausliefen und damit den bisher erfolgreichen Budgetkonsolidierungskurs gefährden und andererseits mit Belastungsvorschlägen für die österreichische Bevölkerung.

So schickte Sozialminister Buchinger eine 68. ASVG-Novelle in die Begutachtung, die durch die Verlängerung der sog. „Hacklerregelung“ auf Dauer zu Mehrkosten von bis zu 560 Mio. € pro Jahr führt. Darüber hinaus enthält diese Novelle Erleichterungen bei der Zuerkennung der Schwerarbeiterpension, die ebenfalls Mehrausgaben für das Bundesbudget zur Folge hätten. BM Buchinger stellte auch seine Vorstellungen über eine Neuordnung der Invaliditätspension in den Raum, wonach der Zugang zu dieser Pensionsart ausgeweitet werden soll; dieser Vorschlag ist deshalb umso bedenklicher, weil bereits jetzt - aufgrund der etappenweisen Abschaffung der Frühpension wegen langer Versicherungsdauer-die Invaliditätspension als Schlupfloch für einen vorzeitigen Pensionsantritt dient: seit Inkrafttreten der etappenweisen Abschaffung der Frühpension wegen langer Versicherungsdauer ist die Anzahl der neuzuerkannten Invaliditätspensionen exorbitant angestiegen.

Der Sozialminister schlug auch vor, einen „Papa-Monat“ zu Beginn der Karenzzeit und parallel zur Frau einzuführen (ORF-Morgenjournal vom 3.8.2007); auch dieser Vorschlag bedeutet höhere öffentliche Ausgaben. Des weiteren forderte er in der „Presse“ vom 9.6.2007 höhere Zuschläge für Pensionisten, die nach dem 65. Lebensjahr noch arbeiten.

Am 7.8.2007 dachte Buchinger im „Kurier“ laut darüber nach, die Negativsteuer von Arbeitnehmern, die keine Lohnsteuer zahlen, von 110,- € pro Jahr auf 250,- € pro Monat anzuheben; eine Forderung von nicht absehbaren bedeutenden Mehrkosten. Ebenso soll laut dem SPÖ-Sozialminister ein Pflegefonds mit 100 Mio. € gespeist werden („Standard“ vom 28.2.2007). Weitere Anregungen - wie die Senkung des Eingangssteuersatzes („Österreich“ vom 16.7.2007) und erleichterter Zugang zur Frühpension („Presse“ vom 9.6.2007)-würden ebenfalls unabsehbare Mehrkosten für das Bundesbudget bewirken.

Sozialminister Buchinger schlug im Sommer auch vor, die nächste Lohn- und

Gehaltsrunde mit einer Erhöhung von 4 % abzuschließen („Österreich" vom 16.7.2007); SPÖ-Politiker Haberzettl verlangte im Kurier vom 18.9.2007 darüber hinaus eine Lohnrunde, die mehr als 4 % ausmachen müsste. Dabei stellt sich naturgemäß die Frage, welche Kosten ein derartiger Gehaltsabschluss für die öffentlich Bediensteten bei Bund, Ländern und Gemeinden verursachen würde.

Angesichts der Tatsache, dass BM Buchinger mit Ländern und Gemeinden bis jetzt keine Vereinbarung über die Kostentragung der Pflege zu Hause abschließen konnte, ist die Kostenfrage - und welche Gebietskörperschaft diese tragen soll - in diesem Bereich auch weiterhin offen. BM Buchinger verlangte in diesem Zusammenhang eine Finanzierung der Pflege über Steuermittel.

Dieselbe Frage stellt sich im Bereich der Mindestsicherung. Auch hier hat zwar BM Buchinger eine prinzipielle Einigung mit den Ländern verkündet, die Frage, wer diese Einigung bezahlt, ist jedoch ebenfalls ungelöst; die Länder und Gemeinden streben naturgemäß an, dass dies der Bund tun soll.

Im Pensionsbereich wiederum schlug der Sozialminister vor, die gestiegenen Preise vor allem im Lebensmittelbereich für die Pensionisten durch eine Sonderzahlung auszugleichen und die Pensionserhöhung höher als vorgesehen, ausfallen zu lassen (u.a. 1.000,- € für Menschen mit geringem Einkommen, „Österreich" vom 16.8.2007).

Besonders aufhorchen ließ SPÖ-Abgeordneter Katzian mit seinem radikalen Arbeitszeitverkürzungsvorschlag. Er regte an, dass in Hinkunft nur 40 Jahre insgesamt, 40 Wochen pro Jahr und 40 Stunden pro Woche gearbeitet werden sollte. Dieser Vorschlag würde nicht nur das Bundesbudget belasten, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft Österreichs gefährden. Im Detail liefen die Vorstellungen Katzians darauf hinaus, dass 10 % weniger pro Jahr in Österreich gearbeitet würde, statt 5 Wochen Urlaub 12 Wochen Urlaub dem einzelnen zustünde und die Pensionsfinanzierung aufgrund der geringeren Beitragsjahre langfristig völlig ungelöst wäre („Format" vom 24.8.2007). Was man von derartigen Arbeitszeitverkürzungen zu halten hat, zeigt die wirtschaftliche Situation Frankreichs, wo es aufgrund der gesetzlichen 35-Stunden-Woche zu schweren wirtschaftlichen Problemen kommt und Frankreich auch heuer wieder eine der geringsten Wachstumsraten in der EU aufweist.

Neben diesen für das Bundesbudget und die Wirtschaft kostenintensiven Vorschlägen von SPÖ Spitzenpolitikern waren diese aber auch recht fantasievoll im Bereich von Erfindungen zusätzlicher Belastungen für die Bürger.

So wurden die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, die zusätzliche Besteuerung von Gewinnen, die Wiedereinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuer und eine exorbitante Verteuerung der LKW-Maut verlangt.

Angesichts dieser unverständlichen finanzpolitischen Äußerungen von SPÖ-Politikern, die auf der einen Seite den erfolgreichen Budgetkonsolidierungskurs des Bundes unterlaufen, auf der anderen Seite die österreichischen Bürgerinnen und Bürger belasten wollen und den Wirtschaftsstandort Österreich gefährden, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Wie hoch schätzen Sie die Kosten der oben dargestellten SPÖ-Vorschläge für das Bundesbudget in den kommenden Jahren?
2. Sehen Sie bei Verwirklichung dieser Vorschläge den erfolgreichen österreichischen Budgetkonsolidierungskurs gefährdet?
3. Wie hoch wären die zusätzlichen Belastungen für die österreichischen Steuerzahler bei der Verwirklichung der oben dargestellten SPÖ-Belastungspläne?
4. Welche Auswirkungen hätten - die teilweise wirtschaftspolitisch irrealen Vorstellungen der SPÖ-Politiker, bei deren Verwirklichung - auf den Wirtschaftsstandort Österreich?
5. Sind die erhobenen Forderungen der SPÖ-Spitzenpolitiker Bestandteil des Regierungsübereinkommens?